

In unseren Beziehungen bleibt eine sensible Seite. Ich wende mich von hier aus an alle Deutschen. Auf ihrem Boden bleiben noch für eine gewisse Zeit unsere Soldaten stationiert. Die rechtlichen Fragen sind geklärt. Wir sind dem Bundeskanzler und anderen Persönlichkeiten und Behörden der Bundesrepublik Deutschland dankbar, die mit Verständnis auf die Probleme reagiert haben, die mit dem zeitweiligen Aufenthalt unserer Streitkräfte und ihrem Abzug in die Heimat verbunden sind.

In den Vordergrund rückt jetzt der menschliche Aspekt. Unsere Militärangehörigen werden sich hier an ihren neuen Status gewöhnen müssen. Hier liegt, wenn Sie wollen, zugleich ein Prüfstein für die Bereitschaft, die Beziehungen zwischen unseren Völkern wirklich auf einer humanen und freundschaftlichen Grundlage aufzubauen.

Lassen Sie mich noch eines sagen. Im Überschwang der Trennung von allem, was insbesondere in den letzten Jahren mit dem DDR-Regime verbunden war, hat das Verhältnis eines gewissen Teils von Deutschen zu der Sowjetunion einen schmerzhaften, vielleicht sogar hier und dort einen anti-sowjetischen Beigeschmack erhalten. Ich bin aber überzeugt, daß dies eine vorübergehende Erscheinung ist. Neben den offiziellen wirtschaftlichen, militärischen, staatlichen, gesellschaftlichen Beziehungen oder den Beziehungen zwischen den Parteien Ost-Deutschlands und unseres Landes gestalteten sich im Verlauf von vierzig Jahren in den Poren dieser Beziehungen selbst, sowie im gegenseitigen Strom des Massenverkehrs unzählbare persönliche Beziehungen von Tausenden und Abertausenden von Menschen. In diesen unmittelbaren, natürlichen Kontakten, im gemeinsamen Lernen und in gemeinsamer Arbeit, in Diskussionen und Überlegungen wurde Vergangenheit umgemahlen, alte Kränkungen und Vorbehalte wurden geschmolzen, geistige Verständigung wurde geboren. (...)

## **Soldaten und Rekruten der Bundeswehr und der NVA!**

**Verweigert Euch dem Aufrüstungskurs der zukünftig gesamtdeutschen Armee! Laßt Euch nicht als Kanonenfutter für einen Krieg am Golf oder anderswo einplanen!**

Offener Brief der Grünen (beschlossen auf dem Sonderparteitag, Bayreuth 23. 9. 1990)

*Den nachstehend im Wortlaut dokumentierten „Offenen Brief“, beschlossen auf dem Sonderparteitag der Grünen in Bayreuth am 23. September d. J., nahm die Bonner Staatsanwaltschaft sieben Wochen später zum Anlaß für eine polizeiliche Durchsuchung der Bundesgeschäftsstelle der Grünen. Mehrere Dutzend Polizeibeamte und Staatsanwälte kamen am Nachmittag des 12. November zum Einsatz. In dem Beschluß des Amtsgerichts Bonn vom 12. 11. heißt es zur Begründung der Durchsuchungsaktion: „Das beanstandete Flugblatt ruft zur Fahnenflucht und damit zu einer nach §16 WStG strafbaren Handlung auf. Das ist unzulässig. (§111 StGB) Unberührt bleibt dabei das politische Recht, für die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit der Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe zu werben und eine Änderung des Grundgesetzes im Hinblick auf den Einsatz deutscher Soldaten am Golf kritisch zu diskutieren. Solange es für einen Bürger rechtlich vorgesehene Möglichkeiten gibt, seinen Einsatz als Soldat am Golf zu vermeiden, kommt Fahnenflucht auch unter dem Gesichtspunkt des Notstandes nicht als Rechtfertigungsgrund in Betracht, so daß auch dann nicht zur Fahnenflucht aufgerufen werden darf, wenn man der Argumentation des Beschuldigten folgt.“ Die Polizeiaktion werde angeordnet, „da nach den bisherigen Ermittlungen zu vermuten ist, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen wird“; außerdem diene sie der Beschlagnahme des Flugblattes „in seiner gesamten Auflage sowie (der) zur Herstellung des Flugblattes gebrauchten oder bestimmten Vorrichtungen wie Platten, Formen, Drucksätze, Negative oder Matrizen ...“.*

## Dokumente zum Zeitgeschehen

*Nach der nächtlichen Polizeiaktion im Berliner Parteivorstand der PDS am 18./19. Oktober, die wegen „Gefahr im Verzuge“ ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluß erfolgte, handelt es sich um die zweite polizeiliche Durchsuchung einer Parteizentrale binnen weniger Wochen. D. Red.*

Am 1. 10: bzw. 4. 10. werden wieder bundesweit und DDR-weit über 100 000 Rekruten zum Wehrdienst bei Bundeswehr und NVA einberufen.

In Eurer Dienstzeit stehen große Veränderungen an: Die NVA wird mit dem Zusammenschluß der BRDDR zu einer Teilstreitkraft der Bundeswehr, diese wird sich zunächst in der Kommandostruktur, dann mit Kampfverbänden nach Osten in den Bereich der bisherigen DDR ausdehnen.

Die Gesamtzahl der deutschen Soldaten wird zwar auf 370 000 Mann verringert, aber die laufenden Rüstungsprojekte-West und Modernisierungen in Ausrüstung, Ausrichtung und Struktur werden real eine Kampfkraftsteigerung bringen - also keine Abrüstung.

Die Bundesregierung will das Grundgesetz ändern, um die Bundeswehr künftig auch außerhalb des bisherigen NATO-Auftragsbereiches einsetzen zu können - z. B. an der Seite der USA am Golf. Die SPD ist auch dafür. Sie ist zufrieden, wenn dies nur „multinational und im Rahmen der UN“ geschieht.

### *Keine Intervention und keine Bundesmarine in den Golf*

Die Annexion Kuwaits durch den Irak ist ein völkerrechtswidriger Akt der Aggression, der rückgängig gemacht werden muß. Die irakische Diktatur zeigt erneut jene Brutalität im Umgang mit Menschenrechten und Völkerrecht, die sie bei der Ausrottung der irakischen Opposition, bei den Giftgasangriffen auf irakische Kurden und bei dem Angriff auf den Iran an den Tag legte.

Doch gerade die westlichen Staaten, die heute am lautesten nach einer militärischen Antwort rufen, haben wesentlich dazu beigetragen, den Irak zu dieser Aggression zu befähigen: Frankreich, Bundesrepublik, Sowjetunion, USA und Großbritannien haben den Irak hemmungslos mit Rüstungsgütern und Rüstungstechnologien versorgt. Auch Kuwait selbst und Saudi-Arabien haben den Krieg gegen den Iran mit ihrem Öl-Dollars mitfinanziert. Die USA haben darüber hinaus kein Recht, sich als der große Hüter des Völkerrechtes darzustellen, haben sie doch selbst noch in jüngster Zeit in anderen Staaten militärisch eingegriffen.

Die Grünen begrüßen die raschen und konsequenten Boykottbeschlüsse des UNO-Sicherheitsrats gegen den Irak. Wir lehnen das Säbelrasseln der USA und ihrer Verbündeten und ihre kriegssträchtige militärische Interventionspolitik ab. Sie steht nicht im Einklang mit der UNO-Beschlußlage. Die Handlungsalternative heißt nicht militärisches Eingreifen oder Appeasement. Der hochverschuldete und stark von Importen abhängige Irak muß durch ein konsequentes und allumfassendes Embargo zum Rückzug gezwungen werden.

Dieses Ziel wäre leichter zu erreichen, würden all jene Ressourcen und Energien, die heute in den Aufmarsch für den Krieg investiert werden, dazu genutzt, wirtschaftliche Sanktionen so effektiv wie möglich zu gestalten.

Die Golfkrise darf zugleich nicht zum Anlaß genommen werden, deutsche Ansprüche, als ökonomisch und zunehmend auch politisch in Europa dominantes Land in den Kreis der Großmächte aufzurücken, nun mit „Germans to the Front“ zu untermauern. Zwischen CDU/CSU, SPD und FDP hat man sich offenbar bereits auf eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes für Bundeswehreinätze außerhalb des NATO-Gebiets verständigt.

### *Sagt Nein!*

Eure Verfügbarkeit als Soldaten für diese Planungen ist ein wesentlicher Faktor ihrer Durchführbarkeit: Widerstand, politischer Protest und Verweigerung aus den Reihen der Armee selber mit hin ein ernsthafter Störfaktor für die Planer im Kabinett und auf der Hardt-Höhe bzw. in den NATO-Headquarters.

## *Dokumente zum Zeitgeschehen*

Wir rufen Euch ganz besonders deshalb dazu auf: Verweigert Euch diesen Planungen! Verweigert den Kriegsdienst, verlaßt die Armee! Laßt Euch nicht zum Kanonenfutter für eine verfehlte und nicht dem Frieden und der Unabhängigkeit unseres Landes dienenden Politik machen - denn ihr werdet es sein, die als erste für Großmachtambitionen und militärische Abenteuer den Kopf hinhalten müssen. Wenn Ihr den Befehl bekommt, in einen Krieg irgendwo auf der Welt zu gehen, dann SAGT NEIN und BEGEHT FAHNENFLUCHT!

Wir wollen daß es keinen Krieg mehr gibt - nicht um Öl, nicht um fremde Länder, nicht um Vorrherrschaft und Machtansprüche!

Die Grünen lehnen jedes militärische Eingreifen der Bundeswehr am Persischen Golf ab. Sie halten die indirekte Unterstützung der Bundesregierung für militärische Operationen am Golf (Geld zur Finanzierung, Waffen der Bundeswehr, Transportmittel) für falsch. Die Bundesrepublik darf nicht Transitstelle des Aufmarsches der USA sein.

Der Konflikt am Golf muß durch weltweiten politischen Druck gelöst werden, nicht aber durch militärischen. Eine militärische Konfrontation dient nur jenen, die westliche Militärpräsenz an den Ölquellen der Region längerfristig sicherstellen wollen und nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes neue Rechtfertigungen für ihre hochgerüsteten Militärpotentiale suchen. Der Feind im Osten wird schlicht durch den Feind im Süden zunehmend ersetzt. Das Ende des Kalten Krieges darf nicht dazu führen, daß die reichen Länder des Nordens jetzt den Schulterschuh gegen die Nationen der sogenannten Dritten Welt üben. So wird die Chance zur Abrüstung vertan und die Hoffnung zunichte gemacht, daß am Ende des Ost-West-Konfliktes von Europa Frieden statt Krieg ausgeht.

### *Europa - die Friedensregion ? Deutschland - Gutes Beispiel?*

In Westeuropa wird weiter gerüstet. Die Hoffnung, daß auf den Zerfall des östlichen Militärblocks und das durch die revolutionären Veränderungen in Osteuropa herbeigeführte Ende des bisherigen Ost-West-Konfliktes jetzt auch eine Auflösung der NATO und drastische Abrüstung im Westen folgen würde, erweist sich als falsch.

Das westliche Bündnis sucht eine neue Rolle für sich selbst und die Militärpotentiale seiner Mitglieder. Die militärische Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder im Rahmen der Westeuropäischen Union und der Europäischen Union wird ausgebaut. Während militärisches Eingreifen gegen Länder der sogenannten Dritten Welt zunehmend als legitime Aufgabe der NATO-Staaten hoffähig gemacht wird, wird zugleich auch bereits über eine Ausweitung der NATO nach Osten nachgedacht. Für beide Aufgaben werden hochmoderne, bewegliche und schlagkräftige Streitkräfte geplant, die die anstehenden zahlenmäßigen Reduzierungen kompensieren sollen. An der militärischen Handlungsfähigkeit der NATO-Staaten wird nicht gerüttelt - sie soll flexibler gestaltet und gestärkt werden. Beispiel Bundeswehr:

- Wozu braucht Deutschland noch 370 000 Soldaten?
- Wozu braucht es neue, milliarden teure Waffensysteme wie den Jäger 90, neue Fregatten oder den neuen Hubschrauber NH90?
- Wozu finden weiter militärische Flugübungen und Manöver statt?

Diese Politik der NATO-Länder blockiert Abrüstung und verhindert den Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung unter Beteiligung der UdSSR und auf Basis der KSZE. Aber: Die Zeit drängt, eine solche Friedensordnung endlich zu gestalten. Schon auf dem KSZE-Gipfel im November dieses Jahres sollte eine gesamteuropäische Friedensordnung unter Beteiligung aller KSZE-Staaten erteilt werden. Die KSZE selbst bedarf des Aufbaus institutionalisierter Arbeitsstrukturen, demokratischer Kontrolle von unten und der Öffnung für die Mitarbeit von Basisbewegungen aus den Mitgliedsländern.

Die Bundesrepublik kann in Vorgriff auf eine solche Friedensordnung einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie drastisch abrüstet und machtpolitische Selbstbeschränkung praktiziert. Die Entmi-

## *Dokumente zum Zeitgeschehen*

litarisierung Deutschlands ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer Entmilitarisierung der europäischen Politik.

### *Kriegsursachen abbauen*

Es war und ist selbstverständliche Aufgabe der Grünen, nationalistische Großmachtgelüste zu bekämpfen. Statt Nationalstaaten zu stärken, ist es Forderung grüner Politik, deren Hoheitsaufgaben nach oben an supranationale Institutionen und nach unten an die Regionen abzugeben.

Abrüstung allein schafft noch nicht Frieden. Frieden kann nur geschaffen werden durch die Veränderung der ungerechten weltwirtschaftlichen Strukturen hin zu einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft. Kriegsursachen lassen sich leichter abbauen, wenn es gelangt, die Lebens- und Überlebenschancen aller Völker unter Beachtung der ökologischen Belastbarkeit des Globus auf möglichst hohem Niveau anzugleichen.

Die Grünen erklären:

- Wir werden uns jeder Grundgesetz-Änderung, die den weltweiten Einsatz der Bundeswehr unter welcher Flagge auch immer ermöglicht, mit all unseren Möglichkeiten widersetzen. Wir fordern insbesondere auch die SPD auf, derartige Grundgesetzänderungen ihre Zustimmung zu verweigern. Auch im UNO-Rahmen wäre eine Beteiligung der Bundeswehr an Militäreinsätzen politisch verhängnisvoll, da dies als „Türöffner“ für andere Einsatzformen etwa im Rahmen der WEU oder NATO dienen könnte.
- Wir lehnen jegliche direkte oder indirekte Beteiligung der Bundesrepublik an militärischen Eingriffen am Persischen Golf ab, sei es in Form von Kompensationsmaßnahmen oder in Form der Mitfinanzierung der militärischen Maßnahmen der USA. Wir fordern einen Abzug aller am Golf aufmarschierten Truppen in ihre Heimatländer.
- Wir fordern eine konsequente und international verbindliche Boykottpolitik gegen den Irak, bis die Unabhängigkeit Kuwaits und das Recht auf Selbstbestimmung wiederhergestellt sind, und zu einer umfassenden Demokratisierung in Kuwait genutzt werden können. Die Blockade darf sich nicht auf Medikamente und Nahrungsmittel beziehen. Das gezielte Aushungern von Zivilisten ist politisch und moralisch unerträglich und völkerrechtswidrig.
- Der israelisch-arabische Konflikt steht im engen Zusammenhang mit der Golfkrise. Wir fordern eine internationale Nahost-Konferenz, für die die Beteiligung der PLO und die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volks auf einen eigenen Staat genau so unverzichtbar ist wie die Anerkennung des Staates Israel durch die arabischen Staaten. Diese Konferenz sollte im Nahen und Mittleren Osten eine ABC-waffenfreie Zone schaffen.
- Wir erneuern unsere Forderung nach einem totalen Verbot jeglicher Rüstungsexporte und fordern, daß die für die Rüstungsexporte aus der BRD an den Irak verantwortlichen Regierungsmitglieder und Regierungsbeamten sowie die beteiligten Firmen zur Verantwortung gezogen werden.

V.i.S.d.P.: Die Grünen, Eberhard Walde, Colmantstraße 36, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 726 13 36.